

# Verkehrsvorlage droht der Absturz

Der Kommissionsbericht zum ÖV-Leistungsauftrag sorgt allseits für Kopfschütteln

Von Oliver Sterchi

**Liestal.** Noch hat der Landrat die Vorlage gar nicht behandelt, schon zeichnet sich ihr Scheitern ab. Die Rede ist vom achten Generellen Leistungsauftrag für den öffentlichen Verkehr (GLA). Die vorberatende Bau- und Planungskommission will nämlich auch bei den gut ausgelasteten Unterbaselbieter Buslinien Einsparungen vornehmen (die BaZ berichtete), was sich als Bärendienst für das Geschäft erweisen könnte.

Die von der BPK als Akt der «innerkantonalen Solidarität» bezeichneten Kürzungen beim Kursangebot in der Agglomeration stossen nämlich von links bis rechts und vom Unter- bis ins Oberbaselbiet auf Ablehnung. Damit könnte eine breit abgestützte Allianz aus allen politischen Lagern die Vorlage zu Fall bringen.

## Unmut in der Agglomeration

Bis anhin war man davon ausgegangen, dass der Sparhammer nur die ungenügend ausgelasteten Verbindungen im Oberbaselbiet treffen würde. Dass nun auch die bevölkerungsreiche Agglomeration von einem Leistungsabbau im öffentlichen Verkehr betroffen sein soll, sorgt bei den dortigen Gemeindepräsidenten für rote Köpfe. «Ich kann die Argumentation der BPK nicht nachvollziehen. Es kommt schliesslich auf die Auslastung der Buslinien an und nicht darauf, ob wir solidarisch sind», sagt Reinachs Gemeindepräsident Urs Hintermann (SP). Er verweist zudem auf den innerkantonalen Finanzausgleich, bei dem Reinach zu den grössten Gebergemeinden gehört. «Wenn man nun im Unterbaselbiet Leistungen zusammenstreicht, setzt man die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Agglomerationsgemeinden und damit auch den Finanzausgleich aufs Spiel», betont Hintermann.

Ins gleiche Horn stösst auch Nicole Nüssli, FDP-Gemeindepräsidentin von Allschwil: «Sollten diese Einsparungen bei den Buslinien durchgesetzt werden, käme das einer Schwächung des Wirtschaftsstandortes gleich. Das Baselbiet wird in Zukunft vor allem im unteren Kantonsteil wachsen. Daher ist es für



**Gut ausgelastet.** Das Busangebot im Unterbaselbiet ist sehr gefragt. Foto Dirk Wetzler

mich unverständlich, warum man uns derartige Steine in den Weg legt», sagt Nüssli. Es sei vor allem befremdend, dass die BPK diesen Antrag gestellt habe, ohne Rücksprache mit den betroffenen Gemeinden zu nehmen, ärgert sich Nüssli. Mit den Unterbaselbietern gewinnen die Gegner des geplanten

ÖV-Abbaus im Oberbaselbiet wertvolle Verbündete. Da über den Leistungsauftrag nur als Ganzes abgestimmt werden kann, dürften die bevölkerungsreichen Agglomerationsgemeinden den Ausschlag geben. Darauf hoffen insbesondere Vertreter aus dem links-grünen Lager, die an vorderster Front gegen die

Sparpläne beim öffentlichen Verkehr kämpfen. «Der Antrag der BPK, nun auch im Unterbaselbiet beim ÖV abzubauen, ist inakzeptabel», meint SP-Landrat Jan Kirchmayr. Damit ignoriere die rechtskonservative Kommissionsmehrheit die Tatsache, dass diese Buslinien einen vergleichsweise hohen Kostendeckungsgrad aufwiesen, sagt Kirchmayr. «Sollte es zu einem Referendum kommen, hätte dieses sichere Chancen. Die Bevölkerung duldet keinen weiteren Leistungsabbau beim öffentlichen Verkehr», stellt der SP-Landrat klar.

## Referendum ist wahrscheinlich

Widerstand kommt derzeit auch aus dem bürgerlichen Lager. Im «Baselbieter Komitee für den ÖV in den Randregionen», das sich unter anderem für den Erhalt des «Läufelfingerlis» einsetzt, engagieren sich mittlerweile acht bürgerliche Landräte. Darunter ist auch SVP-Landrat Peter Riebli. Er hält das Szenario eines erfolgreichen Referendums für realistisch: «In dieser Form ist die Vorlage mit grosser Wahrscheinlichkeit zum Scheitern verurteilt. Der Landrat muss bezüglich Sparmassnahmen und ÖV-Angebot in den Randregionen nun einen Konsens finden, der politisch breit abgestützt ist.» Denn ein Scheitern des GLA wäre fatal, betont Riebli: «Dann stehen wir mit leeren Händen da und müssten unter Zeitdruck eine neue Vorlage ausarbeiten. Und das kann nun wirklich niemand wollen.» Rieblis Fraktionskollegin Susanne Strub ergänzt: «Mit ihrer Forderung nach Solidarität spielt die BPK das Ober- gegen das Unterbaselbiet aus. Das ist alles andere als zielführend.»

Hannes Schweizer, SP-Landrat und BPK-Präsident, rechtfertigt den Kommissionsentscheid so: «Die Kommissionsmehrheit hat den Abbau beim ÖV im oberen Kantonsteil teilweise korrigiert und dafür beschlossen, im Sinne einer Gegenfinanzierung Kürzungen im Unterbaselbiet vorzunehmen.» Der Kommissionspräsident räumt jedoch ein: «Die Anträge werden im Landrat sicher noch zu grossen Diskussionen führen. Nun muss das Parlament den GLA so ausgestalten, dass das Risiko eines Referendums minimiert wird.»